



Niederschrift

über die 25. Sitzung
des Schul- und Kulturausschusses der Stadt Lippstadt
am 11.11.2008

Sitzungsraum:	Sitzungsraum E.08, Ostwall 1
Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	20:10 Uhr

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

- 1 Wilhelm Börskens stellvertretender Ausschussvorsitzender
- 2 Franz Gausemeier
- 3 Klaus Laufkötter
- 4 Wilbert Luig
- 5 Mechthild Niggemeier
- 6 Gabriele Schütte-Holthaus
- 7 Margarete Wohlmeiner

SPD-Fraktion

- 8 Dr. Yasmine Freigang
- 9 Renate Knodel
- 10 Christian Nernheim
- 11 Sabine Pfeffer Ausschussvorsitzende
- 12 Wolfgang Schulte Steinberg
- 13 Martin Schulz

FDP-Fraktion

- 14 Dr. Gabriela Jonas-Ahrend
- 15 Ulrike Leksovic

BG-Fraktion

- 16 Theodor Kremer

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

- 17 Manfred Groß-Bölting

Parteilos

- 18 Frauke Wehrmann-Plaga Beratendes Mitglied der evang. Kirchengemeinde LP
- 19 Emira Zecic Beratendes Mitglied des Ausländerbeirates

Seitens der Verwaltung:

Franz Josef Brenke	Fachbereich Schule, Kultur und Sport	
Josef Wittrock	Fachdienst Interne Steuerung/Service für Kultureinrichtungen	
Maria Büse-Dallmann	Schulamt für den Kreis Soest	
Carmen Harms	Kultur und Werbung Lippstadt GmbH	zu TOP 7 + 8
Dr. Claudia Becker	Fachdienst Archiv und Museum	zu TOP 8 +11
Dr. Herbert Pötter	Fachdienst Archiv und Museum	zu TOP 8 +11
Andreas Moersener	Fachdienst Archiv und Museum	zu TOP 8 +11
Claus-Ulrich Ahl	Fachdienst Volkshochschule	zu TOP 12
Dr. Ulrike Eberhardt	Fachdienst Volkshochschule	zu TOP 12
Reinhold Schier	Fachdienst Volkshochschule	zu TOP 12
Uwe Thiesmann	Fachdienst Schule und Sport	

Ferner waren anwesend:

Heinz-Friedrich Lange	Weiterbildungskolleg	zu TOP 6
Dr. Reinhard Laumanns	Kulturring Lippstadt e. V.	zu TOP 7

In öffentlicher Sitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Herr Schulte-Steinberg den Tagesordnungspunkt 14 in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Herr Brenke erörterte die Gründe, die für eine nichtöffentliche Beratung ausschlaggebend gewesen seien, woraufhin der Antrag von Herrn Schule-Steinberg anschließend mehrheitlich abgelehnt wurde.

1. Fragestunde für Einwohner

Wortmeldungen lagen nicht vor.

**2. Straßenbenennung im Bereich Stift Cappel
BV 246/2008**

Ohne Aussprache beschloss der Schul- und Kulturausschuss:

" Die Wegeverbindung südlich Stift Cappel, die von der Cappeler Stiftsallee in süd-westliche Richtung verläuft, wird in ‚Am Stiftsgarten‘ benannt.“

(Einstimmig zugestimmt)

**3. Ergebnis der Anmeldungen für die Eingangsklassen der Grundschulen im Schuljahr 2009/10
MV 217/2008**

Herr Brenke erläuterte eingehend die Vorlage, die ansonsten zur Kenntnis genommen wurde.

**4. Prüfung des Bedürfnisses für die Errichtung einer öffentlichen Gesamtschule;
hier: Ergebnis der Elternbefragung
BV 274/2008**

Herr Brenke erläuterte die Vorlage insbesondere verwies er darauf, dass der nun vorliegende Beschlussvorschlag eine zwingende Rechtsfolge aus der durchgeführten Elternbefragung sei.

Herr Schulz zeigte sich verwundert über die hohe Rücklaufquote von rund 80 %. Dies und das hieraus ergangene Ergebnis pro Gesamtschule zeige seiner Ansicht nach den starken Wunsch der Eltern nach einer Gesamtschule in der ein längeres gemeinsames Lernen möglich sei. Damit diesem Wunsch der Eltern entsprochen werden könne, sei es erforderlich, dass schnellstmöglich eine Gesamtschule in Lippstadt gegründet würde.

Aufgrund der Schwierigkeiten für die Gründung einer Gesamtschule in öffentlicher Trägerschaft sei es seiner Meinung nach unumgänglich, dass Stadt und INI gemeinsam ein Konzept erarbeiten, um schon zum kommenden Schuljahr eine Gesamtschule in Lippstadt zu gründen.

Aus diesem Grunde beantragte er für die SPD-Fraktion, dass zu den einzelnen Punkten getrennt abgestimmt wird. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zudem schlug er vor die Ziffer 3 insoweit zu ergänzen, dass die Stadt aufgefordert werde alles zu unternehmen, um gemeinsam mit der INI bereits zum kommenden Schuljahr eine Gesamtschule in Lippstadt zu gründen.

Herr Kremer schloss sich den Worten seines Vorredners an und bemerkte, dass die Elternbefragung eindeutig gezeigt habe, dass der Bedarf für eine Gesamtschule in Lippstadt gegeben sei, aber auch nur für eine Gesamtschule.

Herr Groß-Bölting wertete das Elternvotum als eindeutigen Auftrag an die Stadt alles zu unternehmen um schnellstmöglich eine Gesamtschule in Lippstadt zu erhalten. Zwar sei es vorrangige Aufgabe des öffentlichen Schulträgers für die Schulversorgung zu sorgen, aber die aktuelle Genehmigungspraxis des Landes zeige eindeutig, dass die Gründung einer Gesamtschule in Lippstadt nur mit einem privaten Träger möglich sei. Insoweit sei es unumgänglich mit der INI zusammenzuarbeiten. Nur so könne man auch Einfluss auf das Schulkonzept nehmen.

Herr Brenke stellt klar, dass der Eindruck, das Land genehmige derzeit keine öffentlichen Gesamtschulen, falsch sei. Zwar habe es seit Regierungsübernahme durch die jetzige Koalition nur eine Genehmigung für eine Gesamtschule gegeben und zwar für eine private, es wurde jedoch auch keiner öffentlichen Gesamtschule die Genehmigung bei einem Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen verwehrt. In Siegburg, wo eine öffentliche Gesamtschule gescheitert sei, sei dies an der sogenannten begabungsgerechten Drittelung der angemeldeten Schülerinnen und Schüler gescheitert. Derzeit laufe noch ein Schulgründungsverfahren für eine öffentliche Gesamtschule in der Stadt Hemer zum Schuljahr 2009/10. Von der Stadt Hemer sei ihm versichert worden, dass zwischen Land und Stadt eine konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen des Verfahrens gegeben sei. Gleiches sei für den Fall einer öffentlichen Gesamtschule für Lippstadt zu erwarten.

Herr Börskens sieht aus dem vorliegenden Elternvotum die Pflicht der Stadt eine Gesamtschule zu gründen. Der Elternwille zeige aber auch, dass die im Vorfeld der Befragung viel zitierte Auffassung, die Eltern wünschen keine Gesamtschule in Halbtagsform mit dem Befragungsergebnis widerlegt sei. Die Anträge der INI und der Stadt seien separate Anträge und als solche auch separat zu betrachten. Vorrang müsse aus Sicht der CDU-Fraktion die Gründung einer öffentlichen Gesamtschule sein. Das Verfahren der INI sei abzuwarten.

Frau Dr. Jonas-Ahrend machte klar, dass sie der Ziffer 3 des Beschlussvorschlages nicht zustimmen könne, da sie weiterhin eine Gesamtschule ablehne. Vor allem sei der Bedarf für mehr als eine Gesamtschule nicht gegeben. Insoweit müsse der Antrag der INI abgewartet werden. Aus ihrer Sicht werde das Ergebnis der Elternbefragung zu einseitig dargestellt. Sie machte deutlich, dass sich immerhin zwei Drittel der Eltern für das dreigliedrige Schulsystem ausgesprochen haben. Zudem zweifelte sie das Ergebnis bei der Frage nach der begabungsgerechten Drittelung an. So sei zumindest fraglich, ob überhaupt von den 160 Kindern der Befürworter der Gesamtschule in Klasse 3 142 eine, zumindest eingeschränkte, Gymnasialempfehlung erhalten würden.

Herr Brenke erwiderte dass ein Beschluss ohne die Ziffer 3 zu beanstanden sei. Der Ratsbeschluss zur Elternbefragung ziehe im Fall eines positiven Votums der Eltern zur Gesamtschule eine Reihe von Rechtsfolgen nach sich. Die Stadt sei nach dem vorliegenden Befragungsergebnis nicht mehr frei in der Entscheidung, ob sie eine Gesamtschule befürworte oder nicht. Sie müsse vielmehr nun alles unternehmen, um eine Gesamtschule zum Schuljahresbeginn 2010/11 zu gründen. Nur wenn im Anmeldezeitraum nicht die erforderlichen Anmeldungen für eine Gesamtschule vorlägen oder die begabungsgerechte Drittelung fehlen würde, werde die Errichtungspflicht für eine öffentliche Gesamtschule hinfällig.

Auch die aus der Mitte des Gremiums aufgeworfene Frage, ob die Genehmigung des Landes an der ablehnenden Haltung der Nachbargemeinden (Stichwort: regionaler Konsens) zu einer öffentlichen Gesamtschule in Lippstadt versagt werden könne, werde voraussichtlich nicht zu einer Versagung der Genehmigung führen. Die Stadt plane lediglich eine 4-zügige Gesamtschule. Aufgrund der Bestimmungen der Landesgesetzgebung müsse die Stadt 112 Kinder aus dem eigenen Stadtgebiet als Bedarf nachweisen. Insoweit bleibe für auswärtige Schülerinnen und Schüler wenig Platz an einer städtischen Gesamtschule.

Zudem stellte Herr Brenke klar, dass eine Gesamtschule zwar voraussichtlich zu Schulschließungen im Haupt- und/oder Realschulbereich führe könne, jedoch der Bestandschutz von bestehenden Schulen nach dem Schulgesetz nicht für einzelne Schulen gelte, sondern lediglich für die Schulform als solche. Eine 4-zügige Gesamtschule mit einer begabungsgerechten Homogenität könne nicht zu einer Aufgabe einer Schulform in Lippstadt führen.

Auf eine entsprechende Äußerung von Frau Dr. Freigang, dass der Wunsch der Eltern nur durch eine Kooperation von INI und Stadt kurzfristig umzusetzen sei, entgegnete Herr Börskens, dass es sich bei den Anträgen der INI und dem Ergebnis der Elternbefragung für eine öffentliche Gesamtschule um zwei voneinander unabhängige Verfahren handeln würde, die nicht einfach verquickt werden dürften. Seitens der CDU werde eindeutig der öffentlichen Gesamtschule der Vorzug gegeben.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde der Ziffer 3 des Beschlussvorschlages folgender Satz angefügt:

" Die Verwaltung wird gleichwohl beauftragt, zusammen mit der INI ein Konzept mit dem Ziel der Errichtung einer Gesamtschule zum Schuljahr 2009/10 zu erarbeiten."

Sodann beschloss der Schul- und Kulturausschuss dem Rat zu empfehlen:

" 1. Der Rat der Stadt Lippstadt stellt fest, dass die Elternbefragung zur Prüfung des Bedürfnisses für die Errichtung einer öffentlichen Gesamtschule in Trägerschaft der Stadt Lippstadt zu folgenden Ergebnissen geführt hat:

a) quantitative Errichtungsvoraussetzung
(Mindestzügigkeit)

Grundschule Jahrgang	abgegebene gültige (verwertbare) Stimmen	davon für die Schulform Gesamtschule	erforderlich für Gesamtschule (4 x 28 Sch.)
3	538	160	112
2	497	161	112
1	415	152	112

b) qualitative Errichtungsvoraussetzung
(Schulwahl bei gymnasialer Eignung der Schülerinnen und Schüler)

Grundschule Jahrgang	abgegebene Stimmen für die Gesamtschule	Schulwahlentscheidung bei gymnasialer Eignung			erforderlich für Gesamtschule
		Ges.-Sch.	Gymn.	o. K. *)	
3	160	142	15	3	37
2	161	140	15	6	37
1	152	123	23	6	37

*) o. K. = Fragebögen ohne Kennzeichnung"

(Einstimmig zugestimmt)

" 2. Damit ist festgestellt, dass ein ausreichender und qualifizierter Elternwille für die Errichtung einer öffentlichen Gesamtschule in Trägerschaft der Stadt Lippstadt gegeben ist."

(Einstimmig zugestimmt)

" 3. Der Rat der Stadt Lippstadt beschließt auf der Grundlage des vorstehenden Befragungsergebnisses die Errichtung einer Gesamtschule zum Schuljahresbeginn 2010/11 (01.08.2010) unter dem Vorbehalt, das im Anmeldeverfahren die notwendige Schülerzahl sowie die notwendige Heterogenität erreicht wird. Die Gesamtschule wird in der Sekundarstufe I 4-zügig und in der Sekundarstufe II 2-zügig geführt.

Die Verwaltung wird gleichwohl beauftragt, zusammen mit der INI ein Konzept mit dem Ziel der Errichtung einer Gesamtschule zum Schuljahr 2009/10 zu erarbeiten."

(8 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen - abweichender Beschlussvorschlag)

" 4. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Errichtung einer Gesamtschule auf der Grundlage des festgestellten Befragungsergebnisses und der weiteren schulrechtlichen Rahmenbedingungen zur Errichtung von öffentlichen Schulen, namentlich

- Überarbeitung des Schulentwicklungsplanes
- Darstellung der Auswirkungen einer Gesamtschulerrichtung auf das bestehende Schulsystem
- Sicherstellung des notwendigen Schulraums
- Abstimmung mit den Nachbargemeinden (regionaler Konsens)

mit dem Land abzustimmen und dem Schul- und Kulturausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen mit dem Ziel, zum 01.08.2010 (Schuljahr 2010/11 beginnend mit der Jahrgangsstufe 5) eine Gesamtschule in städt. Trägerschaft zu errichten."

(Einstimmig zugestimmt)

5. Ganztags an Schulen der Sekundarstufe I BV 260/2008

Herr Brenke erläuterte die Vorlage und verwies darauf, dass sich das Ostendorf-Gymnasium derzeit noch nicht für den gebundenen Ganztags ausgesprochen habe. Nach der ursprünglichen Erlassform sei es für das städtische Gymnasium nicht möglich gewesen, sich als gebundene Ganztagschule zu bewerben. Nach der Überarbeitung des Erlassentwurfs vor einigen Wochen sei dies zwar geändert worden, das Ostendorf-Gymnasium sah sich jedoch nicht in der Lage in der kurzen Zeit bis zum Bewerbungsschluss ein ausgereiftes Konzept für eine gebundene Ganztagschule vorzulegen. Dies schließe jedoch nicht aus, dass sich das städtische Gymnasium später für den gebundenen Ganztags entscheide. Zum gegenwärtigen

Zeitpunkt bleibe es beim Ostendorf-Gymnasium beim Pflichtprogramm (Übermittagsbetreuung an Schultagen mit Nachmittagsunterricht).

Zwar seien bis zum Ende des Monats November die Anträge für die Schulen zu stellen, die in 2009 oder 2010 ihre Schule in den gebundenen Ganztags umwandeln wollen, jedoch sei auch nach der Landtagswahl davon auszugehen, dass auch nach 2010 noch weitere Umwandlungen von Halbtags- zu Ganztagschulen möglich sein werden.

Die Bewerbung der Drost-Rose-Realschule sowie des Evangelischen Gymnasiums wurde parteiübergreifend begrüßt.

Sodann beschloss der Schul- und Kulturausschuss dem Rat zu empfehlen:

" Beschlussvorschlag für den Rat:

A. Gebundene (echte) Ganztagschule

Der Rat begrüßt die Bemühungen der Drost-Rose-Realschule, zum 01.08.2009 einen Antrag auf Umwandlung in eine gebundene Ganztagschule stellen zu wollen. Die Genehmigung des Schulträgers gemäß § 81 Abs. 2 in Verbindung mit § 9 Abs. 1 SchulG (Änderung von Schule durch Einführung des Ganztagsbetriebs) wird erteilt."

" Beschlussvorschlag für den Schul- und Kulturausschuss:

B. Übermittagsbetreuung an Schulen mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht und ergänzenden Betreuungsangeboten – ohne echte Ganztagschule

Die Beantragung von Landeszuschüssen aus dem Programm "Geld oder Stelle" (Betriebskostenförderung) wird zur Kenntnis genommen.

Über die konkrete Ausgestaltung der Übermittags- und Nachmittagsbetreuung (Träger, Organisation, Mittagsimbiss, pädagogisches Angebot, personelle Ausstattung, Finanzierung) ist zu gegebener Zeit zu berichten.

C. Investitionen zur Schaffung von Räumlichkeiten und Ausstattungen für den Ganztagsbetrieb (1000-Schulen-Programm)

Die Verwaltung wird ermächtigt, für die städtischen Schulen einen Antrag auf Gewährung von Investitionsbeihilfen des Landes zu stellen. Die städtische Anteilsförderung soll im Haushaltsplan 2009 bereitgestellt werden."

(Einstimmig zugestimmt)

**6. Benennung von Schulen;
hier: Weiterbildungskolleg
BV 262/2008**

Herr Lange, Schulleiter des Weiterbildungskollegs, erläuterte die schulinternen Überlegungen zur Namensgebung. Auf Nachfrage von Herrn Börskens erklärte Herr Lange, dass man sich im Rahmen der Meinungsbildung bewusst gegen einen regionalen Bezug des Namens ausgesprochen habe, da das Kolleg mit seinen Außenstellen an mehreren Standorten vertreten sei. Letztlich habe man sich auf den nun vorliegenden Vorschlag geeinigt.

Sodann beschloss der Schul- und Kulturausschuss dem Rat zu empfehlen:

" Das Weiterbildungskolleg trägt künftig die Bezeichnung:

"Hanse-Kolleg

- das Weiterbildungskolleg der Stadt Lippstadt
Abendgymnasium – Kolleg – Abendrealschule"

(Einstimmig zugestimmt)

**7. Kultur und Werbung Lippstadt GmbH;
hier: Rechnungsabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr 2007 (01.07. - 30.09.2007)
BV 281/2008**

Ohne Diskussion beschloss der Schul- und Kulturausschuss dem Rat zu empfehlen:

" Der Vertreter der Stadt Lippstadt in der Gesellschafterversammlung der Kultur und Werbung Lippstadt GmbH wird angewiesen, folgende Erklärungen abzugeben:

1. Der Jahresabschluss 2007 wird per 30.09.2007 festgestellt
 - in der Bilanz in Aktiva und Passiva in Höhe von 546.376,74 €,
 - in der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 132.416,25 €
2. Der Jahresfehlbetrag zum 30.09.2007 in Höhe von 132.416,25 € wird durch Verrechnung mit der Kapitalrücklage für Verlustausgleich vollständig ausgeglichen.
3. Dem Aufsichtsrat wird für das Rumpfgeschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

(Einstimmig zugestimmt)

8. Kultur und Werbung Lippstadt GmbH

**hier: Künftige Unterbringung der Geschäftsstelle/Rathausgalerie
BV 270/2008**

Herr Brenke erläuterte die Vorlage.

Seitens Herrn Schulte-Steinberg wurde der Beschlussvorschlag als nicht weitreichend genug bezeichnet. Er beantragte den zweiten Absatz des Beschlussvorschlages der Verwaltung wie folgt abzuändern:

" Der Schul- und Kulturausschuss spricht sich dafür aus, dass nach Auszug der KWL aus dem Rathaus die freiwerdende Bürofläche im Erdgeschoss, die seinerzeit zur Ausweitung der Bürofläche für die Lippstadt Marketing GmbH von der Rathausgalerie abgetreten wurde, wieder dem ursprünglichen Zweck zur Verfügung gestellt wird. Über die Mittelbereitstellung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 entschieden."

Nach kurzer Diskussion, an der sich neben Herrn Schulte-Steinberg auch die Herren Börskens und Brenke beteiligten, beschloss der Schul- und Kulturausschuss auf Antrag von Herrn Schulte-Steinberg:

" Die geplante Unterbringung der Geschäftsstelle der Kultur und Werbung Lippstadt GmbH (KWL) im 2. Obergeschoss des Hauses Lange Straße 15 (Stadtpalais) wird zur Kenntnis genommen.

Nach Freiwerden der von Lippstadt Marketing GmbH im Erdgeschoss des Rathauses seit 2006 zusätzlich genutzten Büroräume soll die Rathausgalerie durch Rückbau wieder in ihren ursprünglichen Zustand versetzt werden. Über die Bereitstellung der erforderlichen Mittel i. H. v. 6.000 € soll im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 entschieden werden."

(Einstimmig zugestimmt - abweichender Beschlussvorschlag)

9. Kulturring Lippstadt e.V.;

hier: Antrag auf Gewährung eines nachträglichen Zuschusses für das Rathausplatzfestival 2008

BV 264/2008

Nachdem Herr Brenke die Vorlage erläutert hatte, äußerte Herr Kremer sein Missfallen darüber, dass durch die Forderung des Abbaus der Bühne während der Veranstaltungszeit unnötige Kosten verursacht würden.

Nach kurzer Diskussion beschloss der Schul- und Kulturausschuss jedoch sodann:

" Der Kulturring Lippstadt e.V. erhält für das Rathausplatzfestival 2008 einen weiteren einmaligen Zuschuss in Höhe von 2.000,- € zu den entstandenen Kosten für den Auf- und Abbau der Zeltdächer während der veranstaltungsfreien Zeit.

Die Deckung der Mehrausgabe in Höhe von 2.000,- € erfolgt durch Einsparungen bei dem Produktsachkonto 004 001 001-5291100-7291100 "Projektkosten für kulturelle Maßnahmen".

Der Kulturring Lippstadt e.V. wird aufgefordert, für die Zuschussgewährung 2009 eine Finanzierungsplanung unter Einschluss der Kosten für das Auf- und Abbauen der Stände vorzulegen."

(Einstimmig zugestimmt)

10. Medienentwicklungskonzept der Thomas-Valentin-Stadtbücherei BV 263/2008

Herr Brenke erläuterte die Vorlage.

Herr Kremer sprach sich für eine Erhöhung des Medienbestandes aus und verwies auf seine diesbezüglichen Äußerungen aus der vorletzten Sitzung. Jedoch sei zu überlegen, ob es nicht sinnvoller sei, die beschriebene Investition in einem Kraftakt in einer bedeutend kürzeren Zeit als der seitens der Verwaltung skizzierter Zeitrahmen von 5 Jahren bewerkstelligt werden könne.

An der von Herr Schulz angestoßenen Diskussion, ob es nicht besser sei, in Ziffer 4 des Beschlussvorschlages den Zeit- und Finanzrahmen für die Verbesserung des Medienangebotes der Stadtbücherei festzuschreiben, beteiligten sich die Herren Börskens, Brenke, Laufkötter, Luig, Nernheim und Schulz. Letztlich einigte man sich darauf dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

Sodann beschloss der Schul- und Kulturausschuss:

- " 1. Der Schul- und Kulturausschuss begrüßt die beabsichtigte inhaltliche Weiterentwicklung der Thomas-Valentin-Stadtbücherei. Die Stadtbücherei wird aufgefordert, ein Leitbild zu entwickeln und dem Schul- und Kulturausschuss zur Beratung vorzulegen.
2. Als mittelfristige Zielgröße für das Medienangebot wird eine Mindestgröße von 1 Medieneinheit je Einwohner festgelegt. Der Schwerpunktausrichtung im Bereich Kinder, Jugendliche und Familien wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, für die weitere technische Ausstattung – Selbstverbuchungssystem – eine Landesförderung zu beantragen und beauftragt, verschiedene Informationen über Systemmodelle einzuholen und anschließend erneut zu berichten.
4. Über die Mittelbereitstellung für die erweiterte Technikausstattung und den Bestandsausbau im Bereich der Medienausstattung wird im Rahmen des Haushaltsplanes 2009 entschieden.

(Einstimmig zugestimmt)

11. Weiterentwicklung des Städt. Heimatmuseums BV 261/2008

Aufgrund der der Ausschusssitzung vorangegangenen Ortbesichtigung des Heimatmuseums war der Ausschuss fraktionsübergreifend der Ansicht, dass das Gebäude des Heimatmuseums dringend saniert werden müsse. Herr Brenke als auch Herr Dr. Pötter erklärten, dass die Vergabe der bauhistorischen Untersuchung in Abstimmung mit dem westfälischen Denkmalamt an entsprechende Fachfirmen vergeben würde.

Herr Börskens stellte nach Rückfrage bei Herrn Dr. Pötter den Antrag, im ersten Satz des zweiten Absatzes des Beschlussvorschlages die Wörter "zu gegebener Zeit" durch "bis zum 30.06.2009" zu ersetzen.

Außerdem empfahl er Herrn Strotmann, den zuständigen Sachverständigen vom Westfälischen Denkmalamt, in die Überlegungen einzubeziehen und beantragte daher im dritten Absatz hinter den Worten "bauhistorische Untersuchung" die Worte "unter Einbindung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe – Amt für Denkmalpflege in Westfalen" einzufügen.

Frau Dr. Freigang erklärte, dass aus ihrer Sicht dem in der Vorlage formulierten Leitbild so nicht zugestimmt werden könne. Es zeige zwar gute Ansätze, bedürfe jedoch noch in einzelnen Teilen einer Überarbeitung und einer weitergehenden Beratung im Fachausschuss. Sie beantragte daher im zweiten Absatz den letzten Satz "Dem Leitbild für das Heimatmuseum wird zugestimmt" zu streichen.

Sodann beschloss der Schul- und Kulturausschuss:

" Der Schul- und Kulturausschuss begrüßt und unterstützt die Absicht, das städt. Heimatmuseum zu einem attraktiven Baustein der städt. Kulturlandschaft weiterzuentwickeln. Das Museum soll verstärkt zu einem Ort kulturellen Erlebens und zu einem aktiven Bildungspartner im Bereich Kultur und Schule ausgestaltet werden.

Die Museumsleitung wird beauftragt, hierzu das in dem vorgelegten Bericht dargelegte Grobkonzept weiter zu konkretisieren und bis zum 30.06.2009 im Schul- und Kulturausschuss vorzustellen. Das Museumssamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe soll hierbei beteiligt werden.

Um das Museumsgebäude auf Dauer zu sichern, soll eine bauhistorische Untersuchung unter Einbindung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe – Amt für Denkmalpflege in Westfalen erfolgen, um den Bauzustand zu analysieren und auf dieser Grundlage konkrete Sanierungsmaßnahmen bestimmen zu können. Über die Bereitstellung der erforderlichen Mittel in Höhe von 30.000,-- € wird im Rahmen des Haushaltsplanes 2009 entschieden.

Die Verwaltung wird beauftragt, für das Gutachten zur bauhistorischen Untersuchung des Gebäudes Fördermöglichkeiten (Museumsförderung/Denkmalerschutz) zu prüfen.

Der Förderverein des Heimatmuseums und der Heimatbund Lippstadt e.V. werden gebeten, zur Benennung des Museums Stellung zu nehmen.

(Einstimmig zugestimmt - abweichender Beschlussvorschlag)

**12. Arbeitsplan (Programm) der Volkshochschule für das I. Semester 2009
BV 266/2008**

Auf die Frage von Herrn Börskens, warum 119 von 400 angebotenen Kursen ausgefallen seien, antwortete Herr Ahl, dass durch den Rückgang der Teilnehmerzahlen diese nicht zu Stande gekommen seien. Auf Nachfrage von Herrn Brenke ergänzte Herr Ahl, dass diese Ausfallquote von ca. 29 % nahezu doppelt so hoch sei, wie in früheren Jahren, wo diese bei rd. 15 % lag. Eine konkrete Analyse, woran das liege, wie von Herrn Börskens gefordert, konnte Herr Ahl zum jetzigen Zeitpunkt nicht liefern.

Sodann beschloss der Schul- und Kulturausschuss:

" Dem Programm der Volkshochschule für das I. Semester 2009 wird zugestimmt.

(Einstimmig zugestimmt)

13. Verschiedenes

Lichtpromenade – Lichtkunstwerk "Cumulus" von Thorsten Goldberg

Herr Wittrock wies darauf hin, dass mit Installation der "Lichtwolke" im Schifffahrtskanal am Stadttheater begonnen wurde. Am 27.11.2009 soll mit der Montage des neun von ursprünglich geplanten zehn Kunstwerke begonnen werden.

Vorsitzende

Schriftführer